



Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten-
und Integrationsbeiräte Bayerns

Resolution

der Vollversammlung der AGABY am 7. Mai 2023

Arbeitskräfte werden gerufen – Es kommen Menschen
Rahmenbedingungen für die weitere Einwanderung verbessern!

Arbeits- und Fachkräfte fehlen überall: in Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Kitas und Schulen, in der Gastronomie und Hotellerie, im Handwerk und Handel und in der Verwaltung fehlen Menschen, die die Wirtschaft, das tägliche Leben und den Wohlstand in Deutschland absichern.

Bereits jetzt würden die Wirtschaft und das Rentensystem ohne den Beitrag von Migrant*innen zusammenbrechen. Verschiedene Quellen berechnen einen Bedarf an zusätzlichen Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland zwischen 250.000 und 400.000 Migrant*innen pro Jahr.

Es gilt, die Rahmenbedingungen für die Einwanderung und ihre nachhaltige Integration und Teilhabe zu gestalten. Eine inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft ist längst zu einem Standortfaktor im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe geworden. Unsere Demokratie ist attraktiv, aber das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Migration und den Beitrag zugewanderter Menschen muss gestärkt werden.

Die Erfahrungen der Arbeitskräfteanwerbung in den 60er und 70er Jahren mahnen dazu, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Einwandernde Arbeitskräfte sind keine importierten Maschinen, die nach geleisteter Arbeit wieder hinausgestellt werden können. Die Einwanderung und Integration von Arbeitskräften und ihrer Familien muss als Teil einer gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung gesehen, gestaltet und gefördert werden.

Zu einer erfolgreichen Strategie gehört es auch, die Inlandspotenziale optimal zu nutzen:

1. Seit Jahren werden die Potenziale geflüchteter Menschen durch lange zermürbende Wartezeiten und Arbeits- und Qualifizierungsverbote vergeudet.

Wir fordern den sofortigen Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt und Möglichkeiten zum Spurwechsel. Da in vielen Fällen kein Pass besorgt werden kann, oder stets mit Abschiebungsfahr verbunden ist, sollen auch bei Personen, die nicht unter das Chancenaufenthaltsgesetz fallen, neben dem Pass andere Dokumente zur Feststellung der Identität akzeptiert werden. Denn gerade die Passpflicht ist eine große Hürde auf dem Weg zur Aufnahme von Ausbildung oder Arbeit.

2. Neben der demographischen Entwicklung haben auch Versäumnisse in der Bildungspolitik und der Gleichstellung von Frauen zum Arbeitskräftemangel beigetragen. Da gute ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote fehlen, können sich Frauen nicht ausreichend in dem Arbeitsmarkt einbringen. Gleichzeitig sind qualitativ gute Bildungs- und Betreuungsangebote nötig, damit alle Kinder angemessen gefördert werden und als qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Gerade die Benachteiligung der Kinder aus migrantischen Familien führt zum Verlust wertvoller Bildungs- und Arbeitspotenziale.

Wir fordern:

1. Die Verbesserung des Zugangs und der Aufstiegschancen für Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt:
 - Durch Reformen und Investitionen im Bildungssystem, damit allen Kindern und Familien verlässlich ganztägige Bildung und Betreuung angeboten werden kann. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert und die Gleichstellung von Frauen gefördert werden. Alle Kinder sollen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, die Chance auf gute Bildung und Ausbildung erhalten;
 - Durch gezielte Angebote, um den Anteil der Kinder mit Migrationsgeschichte zu senken, die die Schule ohne Abschluss und Berufsausbildung verlassen;
 - Uneingeschränkten Zugang zum Bildungs- und Ausbildungssystem sowie Arbeitsmarkt für Geflüchtete und langjährig Geduldete;
 - Durch die schnelle Anerkennung von Qualifizierungen und Angebote von Anpassungsqualifizierungen;
 - Durch die Absenkung der sprachlichen Anforderungen vor der Einreise und Angebote von berufsbegleitenden Sprachkursen und Sprachtrainings in Deutschland;
 - Durch erleichterte Familienzusammenführung und Integrationsangebote für Partner*in und Kinder;
 - Durch Diskriminierungsschutz und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen;
 - Durch die Einführung von rassismuskritischen und anonymisierten Bewerbungsverfahren, um Chancengleichheit zu schaffen;
 - Durch Unterstützungsangebote zur Herstellung des Erstkontaktes zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen mit Migrationskompetenz;
2. Verbesserungen auf der Ebene der gesamten Gesellschaft:
 - Durch Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung und aktive Förderung von Akzeptanz der Migration und Vielfalt;
 - Durch Berücksichtigung der Faktoren Flucht, Migration und Migrationsbedarf bei der kommunalen Planung bezüglich Wohnraum, Gesundheit, Betreuungs- und Bildungskapazitäten;
 - Durch Entbürokratisierung und Unterstützung bei der Abwicklung der Behördengänge für Fachkräfte und Studierende aus dem Ausland;
 - Durch Willkommenskultur in staatlichen Institutionen und ausreichendes Personal in den Ausländerbehörden.

Regensburg, 07.05.2023